

Qualitätsanspruch bei Polizei-Ausbildung muss erhalten bleiben

GdP-Nachwuchs im Gespräch mit SPD-Landtagsabgeordneten Poersch und Lange

Eutin - Die Wohn- und Unterrichtsbedingungen für die Auszubildenden in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung sowie Bereitschaftspolizei (PD AFB) sowie die beruflichen Perspektiven für den Nachwuchs bei der Landespolizei waren Hauptthemen eines Gespräches, zu dem sich Vertreter der „JUNGEN GRUPPE“, der GdP-Nachwuchsorganisation, mit den beiden SPD-Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Simone Lange trafen. Axel Dunst, Vorsitzender der Regionalgruppe AFB, hatte das Treffen im Kasino der PD AFB organisiert. Anlass für den Austausch war ein Positionspapier, das die GdP-Nachwuchsorganisation „für ein zukunftssicheres Auftreten der Polizei“ formuliert hatte. Im Gespräch mit den beiden Landtagsabgeordneten gaben Broder Petersen und Katharina Masannek den beiden Abgeordneten einen Einblick in die Lebensumstände des Polizeinachwuchses in der PD AFB. Und auch die bevorstehenden Veränderungen am Standort auf Hubertushöhe wegen der von der Landesregierung entschiedenen erhöhten Einstellungszahlen und die damit verbundene Ausweitung der Ausbildungskapazität in den kommenden Jahren wurden besprochen. „Es ist ein richtiger Schritt die Einstellungszahlen zu erhöhen, dennoch darf der Qualitäts-Anspruch an die Ausbildung nicht herabgeschraubt werden. Eine sich wandelnde Gesellschaft verlangt immer mehr von einer modernen und bürgernahen Polizei. Hinzu kommt eine immer differenzierte Rechtsprechung, auf die auch die Polizei zu reagieren hat“, stellten Masannek und Petersen fest. Die erhöhten Einstellungs- und Ausbildungskapazitäten zögen aber zwangsläufig auch einen zusätzlichen Raumbedarf nach sich, erläuterte Axel Dunst. Er unterstrich: „25 Auszubildende sind die absolute Obergrenze für die Klassengrößen der Ausbildungsgruppen. Ansonsten ist der Unterrichtserfolg gefährdet“. Dabei verwies Dunst auf seine langjährigen Erfahrungen als Fachlehrer, aber auch auf Gespräche mit Verantwortlichen. Lediglich zu einzelnen Themen sei eine Vermittlung von Unterrichtsinhalten im Rahmen von Vorlesungen und damit für einen vergrößerten Teilnehmerkreises denkbar. Aber dafür müssten Hörsäle ebenfalls noch geschaffen werden, so Dunst. Auch personell bedeuteten die erhöhten Einstellungszahlen im Bereich der Lehrkräfte für die PD AFB einen immensen Kraftakt, der nur mit einem entsprechenden Zuwachs aufgefangen werden könne. „Etwas Größeres darf nun nicht mehr hinzukommen“, unterstrich Dunst unter Hinweis auf die personellen Engpässe der Fachlehrer für den Ausbildungsbereich. Dunst erinnerte daran, dass das Fortbildungsangebot nach einer Organisationsreform innerhalb der PD AFB aufgrund einer nicht mehr ausreichenden Anzahl von Lehrkräften bereits merklich reduziert worden sei.

Weitestgehend zufrieden zeigten sich die JUNGE-GRUPPE-Vertreter mit den Wohnbedingungen in der PD AFB. Langfristig sei jedoch eine Zweibettbelegung anzustreben. Derzeit teilen sich noch drei Auszubildende ein Zimmer. Das Angebot zur Freizeitgestaltung auf Hubertushöhe sei jedoch verbesserungswürdig sei, insbesondere im sportlichen Bereich, so Masannek und Petersen. Gleichzeitig unterstrichen beide die Forderung der GdP, dass die Anhebung des Einstiegsamtes im mittleren Polizeivollzugsdienst ein Schritt in die richtige Richtung gewesen sei. Die Umsetzung habe aber beim „Bestandspersonal“ zu Unmut geführt hat. „Deshalb muss die Beförderungssituation in der Polizei verbessert werden“, so Masannek und Petersen. Im mittleren Dienst müsse das Amt der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage und im gehobenen Dienst das Besoldungsamt t A 11 kurz- oder mittelfristig auf jeden Fall erreichbar sein. Die beiden jungen Polizisten sprachen sich dafür aus, dass im Bereich der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PD AFB) endlich umgehend für die dort untergebrachten Anwärter ein leistungsstarker WLAN-Zugang auch zur privaten Nutzung zur Verfügung stehen sollte. Dies insbesondere auch, weil der Polizeinachwuchs zum Wohnen in der Unterkunft verpflichtet sei. Hier habe es schon in der Vergangenheit bereits entsprechende zusagende Signale gegeben, ohne dass sich bislang konkret etwas getan habe, so Axel Dunst.

Am Ende des anderthalbstündigen Gesprächs waren Simone Lange, die auch als innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion fungiert, und Regina Poersch beeindruckt von den Erklärungen der beiden Nachwuchspolizisten. „Wir haben einen guten Einblick über die Lebensumstände der jungen Polizeiauszubildenden auf Hubertushöhe erhalten“, so die beiden SPD-Abgeordneten. Dies helfe bei den politischen Verhandlungen. Und in der Frage des WLAN-Zugangs zeigten sich Lange und Poersch bereits zuversichtlich, dass die bereits länger anstehende Planung alsbald erfolgreich umgesetzt werde. „Wir werden aber noch einmal nachhaken, um dem Wunsch des Polizeinachwuchses in der PD AFB Rechnung zu tragen“, versprachen die beiden Abgeordneten.

Die Junge Gruppe der Gewerkschaft der Polizei vertritt in Schleswig-Holstein insgesamt 1.188 Nachwuchspolizisten bis zu 30 Jahren, davon allein in der PD AFB mehr als 700 Frauen und Männer. **Foto/Text: Thomas Gründemann**